

PRESSEERKLÄRUNG

Thema: Rissmann, Vorwürfe Staatsanwaltschaft Datum: 6. August 2020

Ausschuss soll brisante Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft aufklären

++ CDU-Fraktion beklagt mangelnde Transparenz von Senator Behrendt und meldet den Vorgang im Rechtsausschuss als Besprechungspunkt an

Sven Rissmann, rechtspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion Berlin, erklärt:

„Die Vorwürfe gegen die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Ermittlungen zu einer rechten Anschlagsserie in Neukölln sind erschütternd. Sollten sich die Behauptungen des Beschuldigten bestätigen, der nach Medienberichten ein Neonazi sein soll, hätten wir es mit einem handfesten Justizskandal zu tun. Die Vorstellung, dass Ermittlungen aus Sympathie zu verfassungsfeindlichem Gedankengut unterlassen wurden, ist unerträglich. Es bleibt unerklärlich, warum Justizsenator Behrendt die Abgeordneten nicht über diesen brisanten Vorgang informiert hat und wir davon erst aus den Medien erfahren. Bei Ereignissen mit weitreichenden Konsequenzen ist die mangelnde Transparenz Behrendts unentschuldigbar.

Wir werden im Rechtsausschuss dieses Thema als Besprechungspunkt anmelden. Wir wollen Klarheit darüber, seit wann die Generalstaatsanwaltschaft Kenntnis von den Hinweisen hatte, wann der Fachsenator und seine Verwaltung darüber informiert wurden und aus welchen Gründen dies erst zum jetzigen Zeitpunkt geschehen ist. Weiter ist offen, aus welchen Gründen die elektronische Textbotschaft nicht an die Behördenleitung weitergeleitet sowie ob und wann die beiden beschuldigten Staatsanwälte zu dem Sachverhalt befragt wurden.“